

Schulwegsicherheit

Kümmert sich Rot-Grün um mehr Schulwegsicherheit an Landesstraßen?

Mit der dpa-Meldung „In Niedersachsen sind im vergangenen Jahr im deutschlandweiten Vergleich die meisten Kinder und Jugendlichen auf ihrem Schulweg verunglückt“ wurde im November 2009 die Öffentlichkeit alarmiert. Von den Schwierigkeiten, in einem Dorf mitten in Niedersachsen mehr Schulwegsicherheit an Landesstraßen herzustellen, soll hier – nun zum dritten Mal – berichtet werden. In der E&W 1/2010 lautete die Überschrift „Die Gefahr lauert auf dem Schulweg“, nach dem Regierungswechsel war in der E&W 7-8/2013 der Artikel „Sichere Schulwege auf dem platten Land – Herausforderung für Rot-Grün“ zu finden (nachzulesen bei www.bi-schulwegsicherheit-riede.de/Zeitungsberichte.)

Der Weg zur Schulbushaltestelle – an Landesstraßen auf dem platten Land

Riede-Felde (Teil der Samtgemeinde Thedinghausen, ganz am westlichen Rand des Landkreises Verden gelegen) ist nur 15 km von Bremen entfernt und durch die viel frequentierte Landesstraße L 331 mit der Stadt verbunden. Diese L 331 teilt

das Dorf in Süd-Nord-Richtung auf einer Länge von 2,2 km. Am Ortsausgang „mündet“ unsere andere Landesstraße, die L 333 in diese Hauptverkehrsader. Die L 333 (in West-Ost-Ausrichtung) ist die einzige Verkehrsanbindung zum Mittelzentrum Syke (Kreis Diepholz).

Kinder und Jugendliche aus Felde und Heiligenbruch besuchen die Grundschule in Riede und weiterführende Schulen in Thedinghausen, Kirchweyhe, Syke, Achim, Verden, Bremen und Verden-Dauelsen. Egal, wohin sie mit dem Bus fahren – alle vier Bushaltestellen in Riede-Felde liegen an Landesstraßen und es gibt keine Bedarfsampel, keinen Zebrastreifen, keine Querungshilfe und an der L 333 nicht einmal einen Fußweg neben der Fahrbahn!

Forderung und Zuständigkeiten

Unsere Bürgerinitiative Schulwegsicherheit Riede fordert entsprechend seit Jahren Zebrastreifen/Querungshilfen/Bedarfsampeln an den drei Schulbushaltestellen der L 331, einen Fuß- bzw. Radweg an der L 333 (Lückenschluss Felde-Okel), das Versetzen von Ortsschildern und das Einfärben einer Furt. Vergeblich.

Der Landkreis baut Radwege an Kreisstraßen, macht auch Vorschläge, an welchen Landesstraßen im Kreis im nächsten Jahrzehnt Radwege entstehen sollten und fungiert für unsere Gemeinde als „Untere Verkehrsbehörde“. Die „Untere Verkehrsbehörde“ wiederum entscheidet in Absprache mit dem Verkehrsanalysten der PI Osterholz/Verden, ob die gewünschten Maßnahmen (Anträge auf verkehrsbehördliche Anordnungen), genehmigt oder abgelehnt werden. Werden sie genehmigt, setzt die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr die Baumaßnahmen um. – In unserem Fall werden die beantragten Verbesserungen nicht genehmigt: Der fließende Verkehr hat Vorrang, die Zahl der querenden Schüler pro Bushaltestelle reicht nicht aus; die Unfallzahlen reichen nicht aus; Zebrastreifen dürfen nur gebaut werden, wenn der Fußweg auf der anderen Seite fortgesetzt wird – und nicht endet, wie bei einer Bushaltestelle, es gilt der Erlass des MV vom 18.1.2001 und so fort...

Jeder findet, dass etwas getan werden muss, keiner ist „zuständig“, also reicht die BI eine Petition an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtags ein

Nachdem unsere Bemühungen (Unterschriftenlisten, Vor-Ort-Begehung mit Landtagskandidaten, Postkarten an PolitikerInnen, Plakate aufhängen) erfolglos blieben und weitere Unfälle geschahen, haben wir im August 2013 eine Petition an den Präsidenten des niedersächsischen Landtags eingereicht (Wortlaut: www.bi-schulwegsicherheit-riede.de).

In der Eingabe werden die baulichen Verbesserungen an den Landesstraßen L 331 und L 333, die Tempobegrenzungen, das Versetzen der Ortstafeln und der Radweg an der L 333 angesprochen.

Und die Richtigkeit der Prioritätenliste für das Radwegekonzept 2012 des Landes Niedersachsen soll überprüft werden: „Auf der Homepage des Niedersächsischen Landtags heißt es zum Thema „Wer ist

**Wir fordern
Schulwegsicherheit an Landesstraßen
in Riede, Thedinghausen, im Landkreis Verden
und überall in Niedersachsen!**

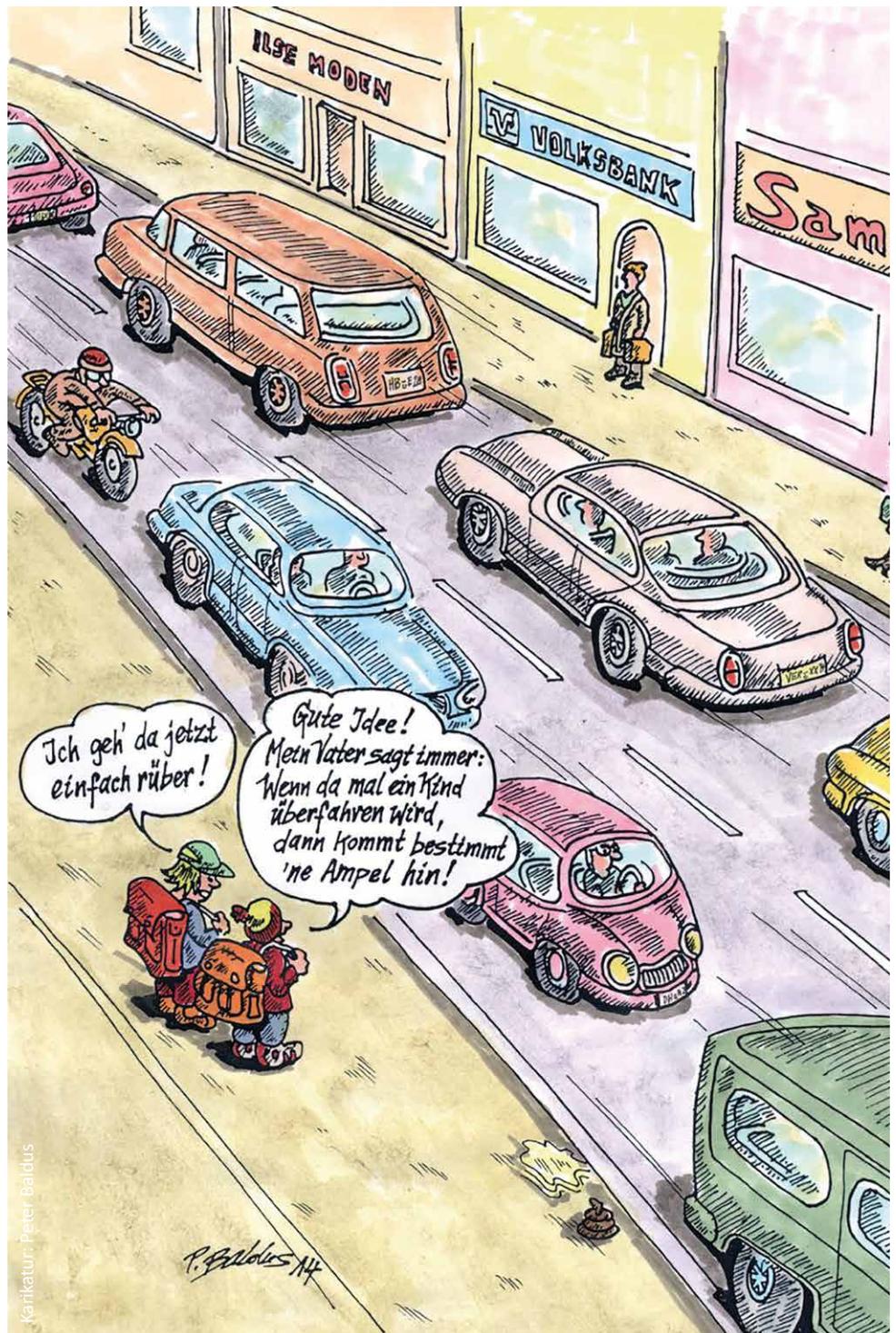


www.bi-schulwegsicherheit-riede.de

petitionsberechtigter?": „Da auch die gewissenhafteste Behörde nicht unfehlbar ist, das beste Gesetz Mängel aufweisen kann und selbst die umfangreichste Verordnung einen bestimmten Sonderfall vielleicht nicht berücksichtigt, ist das Petitionsrecht ein äußerst wichtiges Kontrollinstrument.“ Wir bitten im Rahmen dieser Petition auch die Positionierung des Lückenschlusses Felde-Okel (L 333) in der Prioritätenliste des niedersächsischen Radwegebedarfsplans zu prüfen.“ (Hintergrund: Wir konnten nicht nachvollziehen, warum „unser“ Radweg in der Prioritätenliste nach wie vor hinten rangiert, obwohl alle Kriterien erfüllt werden. Und wer auf der Prioritätenliste des Radwegekonzeptes nicht vorne dabei ist, sondern nur im „weiteren Bedarf“ rangiert, wird in den nächsten zehn Jahren auch keinen Radweg bekommen! Beim Landkreis Verden wurden 2012 zwei Radwege in Kirchlinteln (Wohnort des MdL Wilhelm Hogrefe) und Dörverden (Wohnort des damaligen Landtagskandidaten Adrian Mohr) als „vordringlicher“ angesehen. Warum? Keine Antwort. Wer hat entschieden? Nicht der Kreistag, kein Kreistagsausschuss. – Näheres sagt uns der Landrat nicht und auch die Landkreisverwaltung verweist lediglich auf eine nichtsagende Kurzantwort von Herrn Hogrefe. Merkwürdig. – Und das entscheidende Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr folgte der Landkreis-Argumentation. Dank der Petition und der uns nun endlich zugänglichen Einsicht in Abläufe wissen wir heute, dass Fehler in der Beurteilung gemacht wurden.) Die Petition wurde an den Landtagsausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr überwiesen, die Ausschussmitglieder mit dem Berichterstatter MdL Herrn Gerd Will kamen am Februar 2014 nach Riede, um sich vor Ort ein Bild zu machen und am 26. Juni 14 wurde die Eingabe im niedersächsischen Landtag behandelt.

Ergebnis der Petition und Homepage

Fazit: Die Eingabe wird der Landesregierung „zur Erwägung“ überwiesen. Das ist die zweithöchste Bewerbstufe, was bedeutet, man sieht unsere Forderungen als berechtigt an und bittet/erwartet/fordert, dass die Landesregierung jetzt im Sinne der Petentin handelt. – Dafür hat die Regierung sechs Monate Zeit, was bedeutet, dass am Jahresende (und nach Redaktionsschluss) ein Ergebnis aus der Landeshauptstadt



zu erwarten ist. Wir hoffen auf eine schöne Bescherung, dass nämlich jetzt endlich die Maßnahmen umgesetzt werden, die es Kindern möglich machen, heil und gesund zur Schulbushaltestelle im Dorf zu gelangen. Nur Versprechungen im Wahlkampf, den ländlichen Raum stärken zu wollen oder die Ankündigung von „Vision Zero“ (einer EU-Initiative mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten auf null zu reduzieren) reichen nicht, um Schulwegsicherheit herzustellen. Es muss auch gehandelt werden. – Da wir nicht

nur Verbesserungen in unserem Ort, sondern überall in Niedersachsen anstreben, haben wir unsere Erfahrungen ins Netz gestellt: www.bis-schulwegsicherheit-riede.de

Ilse Lange

Die ungekürzte Fassung dieses Artikels ist zu finden unter www.gew-nds.de/euw/schulwegsicherheit